

SCHWEIZ

ENERGIEPOLITIK

Ständerat will Stromlieferanten nicht zu Effizienz-Wachhunden machen

Bern (energate) - Im Falle von kritischen Versorgungssituationen soll die Teilnahme an einer Energiereserve für die Betreiber grösserer Speicherwasserkraftwerke obligatorisch sein. Das hat der Ständerat bei den Beratungen des Mantelerlasses am 1. Juni äusserst knapp mit 19 zu 18 Stimmen entschieden. Die kleine Kammer entschied sich zudem dagegen, dass die Stromlieferanten künftig für Energieeffizienzsteigerungen bei den Endkunden sorgen müssen. Die Idee, die Energielieferanten zu Effizienz-Wachhunden zu machen, hatte der Nationalrat in den Energie-Mantelerlass eingefügt. Bei Verfehlung gewisser Ziele bezüglich Minderverbrauch bei den Konsumenten hätten den Stromlieferanten sogar Sanktionen gedroht. "Entscheidend ist, dass die Energieeffizienzsteigerung vom Energielieferanten verlangt wird. Ein Kollege hat mir gesagt: Das ist ja, als ob ein Hund zehn Würste bewachen sollte", sagte Ständerat und Kommissionsprecher Beat Rieder (Mitte/Wallis) bei den Beratungen.

Der Vorschlag des Nationalrats beziehungsweise ein leicht angepasster Vorschlag der Energiekommission des Ständerats (Urek-S) wurde von der kleinen Kammer mit 22 zu 15 Stimmen verworfen. Die Gegner der Effizienzvorschriften stellten sich dabei auf den Standpunkt, dass eine solche Vorschrift mit einem gewaltigen administrativen Aufwand für den Bund und die Unternehmen verbunden wäre. Zudem sei vieles unklar, beispielsweise wie die Abgrenzung zu den Effizienzverbesserungen, die von den Endverbrauchern ohnehin vorgenommen worden wären, funktionieren würde.

"Wir haben keine anderen Effizienzmassnahmen in diesem Gesetz"

Die Befürworter wiederum vertraten die Ansicht, dass der Energie-Mantelerlass Effizienzziele vorsehe und diese auch mit konkreten Massnahmen zu unterfüttern seien. "Wir haben keine anderen Effizienzmassnahmen in diesem Gesetz", mahnte etwa Ruedi Noser (FDP-Liberale/Zürich) an. Ganz korrekt ist dies indes nicht. Die vom Ständerat nun angenommene Fassung des Mantelerlasses sieht ein zusätzliches Anreizsystem für Effizienz-

INHALTSVERZEICHNIS

SCHWEIZ

Ständerat will Stromlieferanten nicht zu Effizienz-Wachhunden machen	1
Wasserkraftwerk Chlus soll bevorzugt behandelt werden	2
CKW expandiert in der Ostschweiz	2
CO ₂ -Reduktionsziele für Fahrzeuge verfehlt	2
Energieunabhängigkeit und Kohlenstoffneutralität bis 2050 möglich	3
Revue de la semaine (22/2023)	3

DEUTSCHLAND

Habeck bleibt bei seiner Heizungslinie	4
--	---

EUROPA

Polnischer Offshore-Markt fest in nationaler Hand	5
"Wir werden noch in diesem Jahr unsere ersten Standorte eröffnen"	6
LNG-Terminal in Stade: Belgien raus, Spanien rein	6
Ukraine könnte ab 2025 als Gastransitland ganz ausfallen	7

INNOVATION

Backbone One: Strom zum Zahlungsmittel machen	7
---	---

zierungsmassnahmen seitens der Strom-Endverteiler vor. Demnach können die Verteilnetzbetreiber den Endverbrauchern für die Energielieferung künftig einen Tarifbestandteil anbieten, in den zusätzlich zu den Gestehungskosten fünf Prozent eingerechnet sind. Dafür ist beim Endverbraucher eine Einsparung von Elektrizität von ebenfalls mindestens fünf Prozent zu erreichen.

Teilnahme an Energiereserve obligatorisch

Grundsätzlich im Sinne des Nationalrats entschied der Ständerat bei der Energiereserve. So sprach sich auch die kleine Kammer dafür aus, dass die Teilnahme an einer Energiereserve für die Betreiber der Speicherwasserkraftwerke obligatorisch wird. Der Ständerat beschränkte diese Pflicht jedoch auf Werke ab einer Speicherkapazität von zehn GWh. Die unterlegene Minderheit wollte die Energiereserve mittels Ausschreibungen bilden. Dagegen argumentierten die obsiegende Mehrheit und Bundesrat Albert Rösli mit den Kosten. Ständerat Jakob Stark (SVP/Thurgau) erläuterte, dass die Strompreise in Mangellagen tendenziell hoch seien und sich in diesen Zeiten mit der Turbinierung von Wasser am Markt viel Geld verdienen liesse.

"Das Interesse, sich an einer Ausschreibung für eine Wasserreserve zu beteiligen, ist deshalb eher gering, und die An-

gebote sind eher teuer", so Stark. Energieminister Rösti sprach von 300 Mio. Franken, die die Schweiz für derartige Ausschreibungen bereits ausgegeben habe. "Ob das zu verantworten ist, wenn gleichzeitig auf der anderen Seite die Gewinne pro Unternehmen in der gleichen Dimension sind, darf man sich, glaube ich, schon fragen", so Rösti. /mg

ENERGIEPOLITIK

Wasserkraftwerk Chlus soll bevorzugt behandelt werden

Bern (energate) - Das geplante Wasserkraftwerk Chlus des Bündner Energieversorgers Repower im Prättigau und im Bündner Rheintal soll von einem erleichterten Bewilligungsverfahren profitieren. Das entschied der Ständerat bei den Beratungen des Energie-Mantelerlasses mit 20 zu acht Stimmen. Mit dem Entscheid schuf die kleine Kammer eine Differenz zum Nationalrat. Das Anliegen, das Projekt Chlus bevorzugt zu behandeln, war in der grossen Kammer bei den vorgängigen Beratungen knapp gescheitert. SVP-Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher hatte das Anliegen mit einem Einzelantrag auf das Parkett gebracht.

Die Gegner der bevorzugten Behandlung von Chlus argumentierten vor allem mit grundsätzlichen Überlegungen. Chlus sei ein Laufwasserkraftwerk. Dieses habe kaum Speicherkapazität und sei daher nicht in der Lage, die Produktion zu kontrollieren und für den Winter zu speichern, so Ständerätin und Gegnerin des Anliegens Lisa Mazzone (Grüne/Genf). Mazzone ergänzte, dass bei besagtem Artikel im Mantelerlass die Erhöhung der Stromproduktion im Winter im Vordergrund stehe. Chlus gehöre deswegen nicht dorthin, sondern solle von der Beschleunigungsvorlage, die der Bundesrat angekündigt habe, profitieren.

Die Befürworter stellten sich auf den Standpunkt, dass die Aufnahme von Chlus in die Liste der bevorzugt zu behandelnden Kraftwerke trotzdem wirksam sei. "Es ist gesetzgeberisch kein schöner Coup, aber es lohnt sich", sagte Ständerat Beat Rieder (Mitte/Wallis) im Namen der obsiegenden Kommissionsmehrheit. Das Wasserkraftwerk Chlus wird laut den Voten im Rat etwa 250 GWh Strom im Jahr produzieren können, 60 GWh davon im Winter.

Interesse an Realisierung geht grundsätzlich vor

Der Artikel zur Stärkung der Stromversorgung im Winter sieht vor, dass gewisse Kraftwerke von einem erleichterten Bewilligungsverfahren profitieren können. Insbesondere soll das Interesse an ihrer Realisierung anderen nationalen Interessen grundsätzlich vorgehen. Das bringt Vorteile, wenn es zu Einsparungen kommt. Auf der Liste befinden sich die 15 Speicherwasserkraftwerke des runden Tisches Wasserkraft - sowie in der jetzigen Fassung auch das Projekt Chlus. /mg

SOLARENERGIE

CKW expandiert in der Ostschweiz

Luzern/Vella (energate) - Die Centralschweizerische Kraftwerke AG (CKW) übernimmt die Bündner Soller-Partner Electro SA mit Hauptsitz in Vella und Zweigniederlassung in Domat/Ems. Nach der kürzlichen Gründung der CKW-Niederlassung im sanktgallischen Flums unterstreiche man damit die eigene strategische Stossrichtung, kommentiert die Energieversorgerin aus Luzern ihren jetzigen Kauf. Ziel von CKW sei es, in der Deutschschweiz mit Fokus auf Photovoltaik, Wärme und Elektromobilität zu wachsen. Mit Soller-Partner habe man nun eine wichtige Region der Ostschweiz erschlossen. Soller-Partner unterstütze die eigenen Wachstumsziele im PV-Bereich. Mittelfristig sollen die neuen Bündner Standorte laut CKW-Mitteilung zu Kompetenzzentren für Photovoltaik, E-Mobilität und Wärme ausgebaut werden.

Wie die Zentralschweizer Energieversorgerin weiter mitteilt, ist Soller-Partner primär auf die Installation von Photovoltaikanlagen spezialisiert, bietet aber auch klassische Elektroinstallationen an. Zum Bündner Unternehmen gehören demnach 32 Mitarbeitende, einschliesslich sieben Lernende. Man beschäftige sämtliche Mitarbeitende weiter, erhalte die Standorte sowie die bestehenden Angebote des Unternehmens, betont CKW. Robert Cavegn, bisheriger Inhaber von Soller-Partner, führe und entwickle die Standorte als verantwortlicher Leiter weiter.

CKW zählt nach eigenen Angaben gegen 200 Solarspezialisten und installiert pro Jahr über 700 Solaranlagen. Neben Luzern und Sursee unterhält die Energieversorgerin unter anderem Standorte für Solar in Egerkingen, Winterthur, Volketswil, Basel, Burgdorf und Niederlenz. Weitere seien in Planung, so CKW. /mj

EMISSIONSVORSCHRIFTEN

CO2-Reduktionsziele für Fahrzeuge verfehlt

Bern (energate) - Sowohl bei Personenwagen als auch bei den leichten Nutzfahrzeugen hat die Schweiz ihre gesetzlich festgelegten Zielwerte zur Absenkung des durchschnittlichen CO2-Ausstosses bisher nicht erreicht. Das geht aus dem Bericht zur Wirksamkeit der CO2-Emissionsvorschriften hervor, die in der Schweiz seit 2012 für neue Personenwagen und seit 2020 für neue leichte Nutzfahrzeuge gelten. Wie das Bundesamt für Energie (BFE) mitteilt, lag der durchschnittliche Ausstoss von neuen Pkw 2021 bei 129,8 Gramm CO2/Kilometer, das Ziel wären 118 Gramm CO2/Kilometer. Und die Neuwagenflotte leichter Nutzfahrzeuge stiess 2021 im Schnitt 217,2 Gramm CO2/Kilometer aus, was ebenfalls über dem angestrebten Wert von 186 Gramm CO2/Kilometer liegt.

Sanktionen von teilweise über 100 Mio. Franken

Bei einem Verstoss gegen die Emissionsvorschriften drohen Fahrzeugimporteuren Sanktionen. Laut dem vom Bundesrat gutgeheissenen Bericht beliefen sich diese von 2012 bis 2017 zunächst auf einen tiefen ein- bis zweistelligen Millionenbereich. Ab 2018 stiegen sie jedoch an und erreichten 2020 mit rund 132 Mio. Franken bei Pkw und 16 Mio. Franken bei leichten Nutzfahrzeugen ein Maximum. 2021 seien sie dann wieder stark zurückgegangen. Der Grossteil der Sanktionen betraf demnach einige wenige Importeure.

Zur Wirksamkeit der CO₂-Emissionsvorschriften schreibt das BFE: "Die Vorschriften haben dazu beigetragen, die weitere Zunahme des verkehrsbedingten CO₂-Ausstosses zu dämpfen." So hätten die Marktanteile emissionsarmer Pkw und leichter Nutzfahrzeuge stark zugenommen seit Einführung der Vorschriften. Das BFE merkt weiter an, dass die Importeure ihre individuellen Zielvorgaben weitestgehend erreicht hätten. Diese Vorgaben lägen im Schnitt höher als die Zielwerte gemäss CO₂-Gesetz. Grund dafür sei, dass bei der Berechnung der individuellen Zielvorgaben das Leergewicht der neuen Fahrzeuge berücksichtigt werde./mj

EPFL-STUDIE:

Energieunabhängigkeit und Kohlenstoffneutralität bis 2050 möglich

Lausanne (energate) - Ein kohlenstoffneutrales und unabhängiges Schweizer Energiesystem im Jahr 2050 ist theoretisch möglich - schöpft man die derzeit ungenutzten erneuerbaren Ressourcen aus. Zu diesem Schluss kommt eine Studie unter Leitung der Eidgenössischen Technischen Hochschule Lausanne (EPFL) und der Hochschule HES-SO Wallis. Zudem wären die Kosten für das von den Forschern modellierte System um 30 Prozent niedriger als das Energiesystem der Schweiz im Jahr 2020, wie die EPFL mitteilt. Erreicht werden könne all dies, wenn die Schweiz ihre Stromerzeugung aus Photovoltaik und Windkraft steigere. Das wirtschaftliche Optimum würde demnach erreicht, wenn 60 Prozent der Schweizer Dachflächen mit PV-Anlagen bedeckt wären.

"Die Schweiz hat noch ein weitgehend ungenutztes PV-Potenzial auf bereits bebauten Flächen. Ein wirtschaftliches Optimum könnte erreicht werden, wenn weniger als zwei von drei Dächern gedeckt sind. Der nächste Schritt besteht darin, herauszufinden, welche Dächer am besten geeignet sind", zitiert die EPFL Jonas Schnidrig, Erstautor der kürzlich veröffentlichten Studie. Die Modelle der Wissenschaftler legen weiter nahe, dass die im Sommer dominierende Solarstromproduktion durch den Einsatz von Windkraftanlagen mit Wasserkraft und Biomasse optimal ausgeglichen werden könnte.

Weiter erklärt EPFL-Professor François Maréchal betreffend der Kosten: "Das derzeitige Schweizer Energiesystem basiert

hauptsächlich auf (billigen) Importen und nicht auf Investitionen. Der Verbraucher zahlt also und ist darauf angewiesen, Ressourcen und Technologien zu nutzen, die tatsächlich ausserhalb der Schweiz investiert und betrieben werden." Im Gegensatz dazu basiere das von ihm und den anderen Forschern modellierte zukünftige Energiesystem auf lokalen Investitionen und der Nutzung inländischer Ressourcen. Und dies schein "langfristig die wirtschaftlichste und widerstandsfähigste Wahl zu sein", so Maréchal weiter.

Um die Schweiz in einen völlig energieunabhängigen Zustand zu versetzen, griffen die Wissenschaftler für ihre Studie auf ihr Multi-Energie- und Multi-Sektor-Modellierungssystem Energy-Scope zurück. Das Modell generiert laut EPFL kostenoptimale Investitionsoptionen. Die Modelle zeigen zudem die gegenseitige Abhängigkeit der Optionen auf sowie die Auswirkungen der technologischen Entscheidungen auf die anderen Investitionen und die Infrastruktur./mj

REPORT

Revue de la semaine (22/2023)

Olten (energate) - L'IWB et la Fritz Meyer AG planifient l'une des plus importantes installations de production d'hydrogène vert en Suisse, dans le port de Birsfelden. Pendant ce temps, la population suisse souhaite développer les énergies renouvelables au niveau national. À cette fin, elle est prête à faire des concessions en termes de protection de l'environnement et de possibilités de recours.

L'entreprise de gestion des déchets zurichoise ERZ travaille sur un projet CSC

Le CO₂ produit par l'incinération des boues d'épuration de l'installation de traitement des eaux usées de Zurich doit être capté et stocké. La société Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ) recherche maintenant par voie de soumission un fournisseur pour le transport et le stockage de ces émissions. Les soumissionnaires devront proposer des prix en francs par tonne de CO₂ pour le transport et pour le stockage d'un volume allant jusqu'à 25.000 tonnes de CO₂ par an, a indiqué ERZ. En outre, la société de gestion des déchets attend des soumissionnaires qu'ils indiquent leurs émissions de CO₂ générées lors du transport. De plus, ils devront indiquer un site où le CO₂ pourra être stocké de façon durable.

Clyde, filiale du groupe Amag, paye la recharge privée des automobilistes roulant à l'électricité

Le fournisseur d'abonnements Clyde, filiale du groupe Amag, lance une nouvelle offre sur le marché. Celle-ci inclut dans le prix de l'abonnement automobile non seulement la recharge dans les stations publiques en Europe, mais aussi la recharge à domicile. "30 centimes seront crédités par kilowattheure d'électricité pour la recharge à domici-

le", indique le groupe Amag dans un communiqué. Selon le groupe, un ménage suisse a payé en moyenne 21 centimes par kW d'électricité en 2022. Avec 30 centimes, Clyde s'acquitte donc plus que ce que paye le client suisse, selon Amag. Clyde gratifie également la conduite économe et les kilomètres non utilisés avec une rétribution de 30 centimes par kWh.

IWB planifie une installation de production d'hydrogène de 15 MW

L'IWB et la Fritz Meyer AG souhaitent construire l'une des plus importantes installations de production d'hydrogène vert de Suisse dans le port de Birsfelden. L'installation devrait avoir une puissance de 15 MW et produire 1.500 tonnes d'hydrogène plus écologique par an à partir de 2026. Afin que les acteurs du projet n'aient pas à payer les frais d'utilisation du réseau, il est prévu que l'installation de production d'hydrogène soit directement reliée à la centrale hydroélectrique située à proximité via une ligne électrique privée.

Énergies renouvelables: la population est favorable à moins de possibilités de recours

La population suisse souhaite développer les énergies renouvelables au niveau national et est prête à faire des concessions importantes en termes de protection de l'environnement. C'est ce qu'indique un sondage représentatif réalisé par gfs.bern, sur demande de l'Association des entreprises électriques suisses AES. 59 pourcent des personnes interrogées approuvent le fait que le développement de la production d'électricité nationale oblige à faire des concessions en matière de protection de l'environnement. Cependant, 63 pourcent des personnes interrogées ont déclaré que les paysages et la nature ne devraient pas être sacrifiés sans compromis au détriment du développement des énergies renouvelables. Une majorité de 69 pourcent se dit toutefois prête à limiter les possibilités de recours dans le domaine de l'énergie, afin d'accélérer le développement de nouvelles infrastructures.

Le Conseil fédéral doit pouvoir adapter les prescriptions relatives aux débits résiduels

En cas de menace de pénurie d'énergie, le Conseil fédéral doit pouvoir assouplir temporairement les prescriptions relatives aux débits résiduels en aval des centrales hydroélectriques. C'est ce que le Conseil des états a décidé le 1er juin dans le cadre des délibérations sur l'acte modificateur unique. Il a ainsi suivi la proposition individuelle de Stefan Enger (Le Centre/GR). En outre, le Conseil fédéral doit obtenir le droit d'assouplir les prescriptions relatives aux débits résiduels s'il s'avère que la Suisse n'est pas en mesure d'atteindre ses objectifs de production d'hydroélectricité ou si elle dépasse le seuil maximal d'importation de cinq TWh nets d'électricité en hiver. /mm/fl

DEUTSCHLAND

FDP-FRAGENKATALOG

Habeck bleibt bei seiner Heizungslinie

Berlin (energate) - In seinen Antworten für die FDP verteidigt das Bundeswirtschaftsministerium im Wesentlichen die Pläne für das Heizungsgesetz. Die FDP hatte dem Ministerium 77 Fragen zum Gebäudeenergiegesetz (GEG) übersandt, welches die Partei in der aktuellen Form kritisch sieht. Dabei geht es etwa um zusätzlichen Strom- oder Netzausbaubedarf für Wärmepumpen, die Kostenbelastung für Hausbesitzer oder den Einsatz von Wasserstoff.

Die der Redaktion vorliegenden Antworten aus dem Hause Habeck umfassen 45 Seiten. Das Wirtschaftsministerium stellt darin klar, dass es den Ansatz der FDP ablehnt, die Wärmewende allein über einen schnelleren Marktstart des Emissionshandels im Gebäudesektor voranzubringen. Aktuell sind die Preise im Brennstoffemissionshandel noch gedeckelt. Das Wirtschaftsministerium warnt bei einer Freigabe vor einer "sprunghaften Preisentwicklung" und verweist auf Analysen, die von Preisen von 200 bis 300 Euro die Tonne ausgehen. "Dies würde zu Preissteigerungen von Kraft- und Brennstoffen führen, die auf einem ähnlichen Niveau wie in der Energiekrise 2022 lägen", warnte das Ministerium. Es bestehe die Gefahr von sozialen Verwerfungen.

Ministerium sieht Technologieoffenheit

Für die Wärmewende sei daher ein Mix an Instrumenten notwendig, sowie dies mit den Vorgaben für neu eingebaute Heizungen im GEG vorgesehen sei. Damit werde sichergestellt, dass die Entscheidung für eine neue Heizung kompatibel mit den Zielen der Klimaneutralität in Deutschland im Jahr 2045 sei, schreibt das Ministerium. Zugleich verhindere das Gesetzesvorhaben "stranded investments" im Wärmemarkt. Der Entwurf zum GEG ist dabei aus Sicht des Wirtschaftsministeriums auch angemessen technologieoffen ausgestaltet. Beschränkungen geben es lediglich für Biomasse in Neubauten, heißt es in den Antworten. Teile der Energiebranche bewerten indes die Möglichkeiten für Wasserstoff im Gesetz als zu restriktiv. In seinen Antworten verweist das Bundeswirtschaftsministerium vielfach auf bekannte Zahlen und Daten, etwa aus beauftragten Szenarien oder Netzentwicklungsplänen. Demnach kalkuliert das Haus von Minister Habeck mit maximal 18 Mio. Wärmepumpen im Jahr 2045, was einer Leistung von 81.000 MW entspreche.

Wärmepumpen: Netzausbau laut Ministerium nicht zu beziffern

Einen zusätzlichen Netzausbau nur für Wärmepumpen räumt das Ministerium nicht direkt ein. "Insbesondere sind neben dem Wärmepumpenhochlauf auch der Ausbau von Ladinfrastruktur und von PV-Anlagen für die Dimensionierung

des Netzausbaubedarfs gleichermaßen relevant", heißt es in den Antworten. Den Ausbaubedarf nur für die neue Heizungsarchitektur zu beziffern, sei daher nicht möglich. Das Ministerium räumt aber ein, dass etwa in Mehrfamilienhäusern beim Anschluss einer Großwärmepumpe eine Verstärkung des Stromnetzanschlusses notwendig sein wird.

Interessant sind zwei Positionierungen des Ministeriums zu EU-Regulierungsplänen. Dabei geht es um Pläne der EU-Kommission, mit einer geänderten Ökodesignverordnung den Einbau von Heizkesseln zu verbieten. Zwar sei die Position der Bundesregierung hier noch nicht abgeschlossen, aber "ein generelles Inverkehrbringungsverbot für konventionelle Heizkessel sieht das BMWK kritisch", heißt es in den Antworten. Zugleich geht aus den Ausführungen des Ministeriums aber hervor, dass künftige Effizienzanforderungen nur von Hybridkesseln erfüllt werden können.

Wasserstoffnetze: Ministerium für Unbundling-Ausnahmen

Eine klare Haltung hat das Ministerium bei den Plänen der EU-Kommission, künftig auch Wasserstoffverteilnetzbetreiber zum Entflechten zu verpflichten und damit vom Grundsatz der jetzigen Gasnetzregulierung abzuweichen. Das EU-Parlament hatte sich dafür ausgesprochen, auch beim Wasserstoff Ausnahmen für Verteilnetze beim Unbundling zu behalten. Deutschland habe sich in den Ratsberatungen für die EP-Lösung eingesetzt und "tut dies aktuell wieder im Rahmen der Trilogie, die im Juni beginnen", heißt es in den Antworten.

Weiterhin unklar ist der Zeitplan für die Verabschiedung des Gebäudeenergiegesetzes. Die FDP hatte eine erste Beratung im Bundestag zuletzt verhindert - aufgrund offener Fragen. Bundeswirtschaftsminister Habeck und sein neuer Energiestaatssekretär Philipp Nimmermann haben diese Woche viele Gespräche mit Vertretern der Koalitionsfraktionen, aber auch mit Verbänden der Energie- und Handwerksbranche zum Gesetz geführt - noch mit unklarem Ergebnis. Ein Beschluss des Gesetzes in Bundestag und Bundesrat noch vor der Sommerpause ist aktuell eher unwahrscheinlich. /kw

EUROPA

AUSSCHREIBUNGSERGEBNISSE

Polnischer Offshore-Markt fest in nationaler Hand

Warschau (energate) - Im polnischen Markt für Offshore-Windenergie kommen vor allem landeseigene Akteure zum Zug. In den sechs Ausschreibungen, deren Ergebnisse das polnische Ministerium für Infrastruktur nun bekanntgab, waren erneut hauptsächlich heimische Unternehmen erfolgreich.

Die Offshore-Projekte, die nun auf den sechs ausgeschriebenen Flächen umgesetzt werden dürfen, entfallen mit Energa (2 Zuschläge), Orlen (drei Zuschläge) und PGE allesamt auf polnische Bieter. Bereits im vergangenen Jahr hatte das Ministerium im Rahmen einer Ausschreibung fünf Lose in der Ostsee verteilt. Dabei gingen ein Konsortium der beiden Energiekonzerne PGE und Tauron sowie der Energieversorger Enea aus Poznan erfolgreich hervor. Auch der deutsche Energiekonzern RWE hatte sich über seine polnische Tochter Cormano beteiligt, ging aber leer aus.

PGE übertrifft eigene Ziele

PGE hatte sich für sein Projekt in der jüngsten Ausschreibungsrunde, Baltica 2, den dänischen Marktführer Ørsted an Bord geholt. Die nun bezuschlagte Fläche grenzt direkt an ein Areal, auf dem PGE und Ørsted ein weiteres Projekt planen. Beide Vorhaben zusammen sollen ein Volumen von 2.500 MW erreichen. Insgesamt geht der Energiekonzern PGE, der bis vor wenigen Jahren vollständig auf Kohle gesetzt hat, als großer Gewinner aus den Ausschreibungen hervor. Das Unternehmen hatte sich an acht Ausschreibungen mit eigenen Geboten beteiligt - und konnte fünf für sich entscheiden. Damit hat PGE die eigenen Ziele beim Ausbau der Offshore-Windkapazitäten bereits übertroffen, wie der Vorstandsvorsitzende Wojciech Dabrowski betonte. Mit den jüngsten Zuschlägen hat sich das Unternehmen 7.300 MW an Kapazitäten in der Ostsee gesichert, die strategischen Ziele sehen aber ein Volumen von 6.500 MW bis 2040 vor.

Der ener|gate messenger
Schweiz für alle:

Mit den günstigen Team-
und Unternehmenslizenzen
Geld sparen!

ener|gate
messenger.ch

täglich.
aktuell.
informiert.

Orlen gibt sich selbstbewusst

Auch der polnische Mineralölkonzern Orlen, der ähnlich wie PGE eine ehrgeizige Dekarbonisierungsstrategie verfolgt, darf sich als Gewinner fühlen. Ebenso wie PGE hat das Unternehmen mit Hauptsitz in Plock fünf Zuschläge erhalten. Orlen peilt bis 2030 die Marke von 9.000 MW an und hat nach eigenen Angaben mehr als 5.000 MW in konkreter Planung. "Die Orlen-Gruppe ist das am besten vorbereitete Unternehmen in Polen, um Großinvestitionen in der Offshore-Windindustrie zu realisieren", zeigte sich CEO Daniel Obajtek überzeugt. Er verwies insbesondere auf die Erfahrungen, die Orlen beim Projekt "Baltic Power", ein Joint Venture mit dem Investor Northland Power, und dem Bau des ersten polnischen Offshore-Installationsterminals gesammelt hat.

Orlen errichtet im Hafen von Swinoujscie (Swinemünde) das erste Installationsterminal für Offshore-Windparks, der Bau soll voraussichtlich zwischen 2024 und 2025 abgeschlossen sein. Das Terminal wird in erster Linie dem Projekt Baltic Power von Orlen dienen, soll aber auch anderen Entwicklern und späteren Investitionen zur Verfügung stehen. /**Aleksandra Fedorska**

3 FRAGEN AN MAARTEN JASPERS, MILENCE

"Wir werden noch in diesem Jahr unsere ersten Standorte eröffnen"

Amsterdam (energate) - Milence, ein im Juli 2022 von Daimler Truck, der Traton Group und der Volvo Group gegründetes Joint Venture für den Aufbau von LKW-Ladeinfrastruktur, will zunächst 1.700 Ladepunkte errichten. Das Unternehmen, das anfangs unter dem Namen "Commercial Vehicle Charging Europe" firmierte, will unter der Marke "Milence" ein europaweites öffentliches Ladenetz für LKW und Busse schaffen. energate befragte dazu CTO Maarten Jaspers.

energate: Herr Jaspers, wo stehen Sie heute, ein knappes Jahr nach der Unternehmensgründung, bei der Erreichung der selbst gesteckten Ziele?

Jaspers: Zunächst einmal recht herzlichen Dank dafür, dass Sie sich an uns gewandt haben. In den letzten Monaten haben wir uns schwerpunktmäßig vor allem darauf konzentriert, uns auf die große Markteinführung vorzubereiten. Wir sind jetzt am Ende dieser Vorbereitungsphase angelangt und gehen davon aus, dass wir noch in diesem Jahr unsere ersten Standorte eröffnen und in Betrieb nehmen werden.

energate: Um LKW schnell zu laden, sind hohe Leistungen nötig. Wie verhindern Sie, dass es zu Problemen im Stromnetz kommen wird?

Jaspers: Grundsätzlich gehen wir nicht davon aus, dass es mit unserem Stromnetz Probleme geben wird. Es mag zwar durchaus sein, dass wir an einem bestimmten Ort zu einem

bestimmten Zeitpunkt mehr Strom benötigen, als im Netz verfügbar ist, arbeiten aber bereits daran, dieses (potenzielle) Problem zu beheben. So zum Beispiel können wir den Netzananschluss durch die Installation und den Betrieb eines Batterie-Energiespeichersystems (Battery Energy Storage System, BESS) ausgleichen. Dieses BESS kann vorübergehend die zusätzlich benötigte Energie während eines Ladevorgangs liefern und zwischen den Sitzungen und über Nacht wieder aufladen. Darüber hinaus prüfen wir auch intelligente Lademöglichkeiten. Nicht alle LKW benötigen immer die volle Leistung oder müssen vollständig aufgeladen werden. Wir glauben, dass wir durch smarte Lösungsansätze die LKW versorgen können, während wiederum der Netzbetreiber nach und nach einen noch größeren Netzananschluss aufbauen kann.

energate: Im Schwerlastverkehr konkurrieren Technologien wie Brennstoffzelle und Batterie um die Technologieführerschaft in der Verkehrswende. Wie bewerten Sie die Situation, etwa auch im Vergleich zum PKW-Segment?

Jaspers: Niemand kann in die Zukunft schauen. Von daher ist eine definitive Antwort auf Ihre Frage natürlich äußerst schwierig. Es ist wahrscheinlich, dass beide Lösungen in Zukunft nebeneinander existieren werden. Betrachtet man die gesamte Kette von der Energiequelle bis zum angetriebenen Rad ("Well-to-Wheel"), so ist die Energieeffizienz von batteriebetriebenen Fahrzeugen besser als die von Wasserstoffvarianten, was sie zumindest in dieser Hinsicht zu einer logischeren Wahl macht. Wasserstoff eignet sich dagegen besser für Anwendungen im Stillstand. Auf dem Markt für PKW dominieren batteriebetriebene Fahrzeuge, und es ist unwahrscheinlich, dass sich dies in Zukunft ändern wird. Die Technologie für den batterieelektrischen LKW-Markt ist ausgereifter und breiter angepasst. Die Ladetechnologie und die entsprechenden E-LKW sind jetzt da, während Wasserstoff noch ein paar Jahre brauchen wird, um sich wirklich zu etablieren. Wir werden sehen, wie sich der Markt entwickelt.

Die Fragen stellte Daniel Zugehör.

HEH-BETEILIGUNG

LNG-Terminal in Stade: Belgien raus, Spanien rein

Stade (energate) - Der spanische Fernleitungsnetzbetreiber Enagas steigt beim LNG-Terminal im Industriepark Stade ein. Die zehn Prozent übernimmt das Unternehmen vom belgischen Netzbetreiber Fluxys, wie der Projektierer Hanseat Energy Hub GmbH (HEH) bekannt gab. Bis zur finalen Investitionsentscheidung im Laufe des Jahres 2023 hätten die Parteien Stillschweigen über die Vertragsdetail vereinbart.

Enagas ist der zweitgrößte Netzbetreiber Europas und verfügt bereits über Betriebserfahrungen mit vier Regasifizierungsanlagen in Spanien. "Enagas teilt nicht nur unsere Vision,

sondern trägt mit umfassender technischer Expertise dazu bei, dass wir sie zügig und verlässlich Realität werden lassen", sagte Johann Killinger, HEH-Geschäftsführer und Inhaber der Buss Group. Der bisherige Minderheitsgesellschafter Fluxys habe seine Anteile "im Zuge einer strategischen Neuausrichtung" verkauft. Weitere Gesellschafter des HEH sind neben der Hamburger Buss-Gruppe, die Partners Group sowie der Chemiekonzern Dow, der Wasserstoff für seinen Standort in Stade braucht und Abwärme für die Regasifizierung des LNG liefert.

Terminal fast ausgebucht

In einer ersten Phase wird HEH zunächst eine der fünf von der deutschen Regierung gecharterten schwimmenden Speicher- und Regasifizierungseinheiten (FSRU) betreiben. Ab dem Jahr 2027 soll das feste Terminal an Land in Betrieb gehen und neben LNG auch Bio-LNG und synthetisches Erdgas (SNG) importieren. Das Investitionsvolumen beziffert HEH auf eine Mrd. Euro, bereits im April hatte HEH ein Konsortium unter der Leitung des spanischen Generalunternehmers Tecnicas Reunidas für den Bau ausgewählt.

Nachdem die Konzerne EnBW und Sefo das Terminal mit insgesamt 10 Mrd. Kubikmetern zu 75 Prozent ausgebucht haben, dürfte die Investitionsentscheidung nur noch Formsache sein. Die Buchungsvereinbarungen erlauben eine Umstellung auf den Import von Ammoniak. Diese Option wird EnBW voraussichtlich ziehen wollen. Das Unternehmen plant unter anderem in Baden-Württemberg neue Gaskraftwerke, die schon Mitte der 2030er Jahre auf Wasserstoff umgestellt werden sollen. /mt

GASVERSORGUNG

Ukraine könnte ab 2025 als Gastransitland ganz ausfallen

Wien (energate) - Für Österreich könnte Russland als Gaslieferant ab Ende des Jahres 2024 ganz wegbrechen. Für die heimische Gasversorgung ist Gas aus Russland bis heute, allen Bemühungen um andere Lieferquellen zum Trotz, von entscheidender Bedeutung. Doch offenbar will die Ukraine den bis Dezember 2024 geltenden Durchleitungsvertrag mit Gazprom nicht verlängern. Das erklärte Gerhard Roiss, früherer Konzernchef der OMV, in der ORF-Sendung "ZiB2". Der ukrainische Vizeminister für Energie habe ihm, Roiss, jüngst mitgeteilt, die Ukraine werde den Vertrag mit dem russischen Gasriesen Gazprom auslaufen lassen. Den Namen des Vizeministers nannte Roiss nicht. Amtierender Energieminister der Ukraine ist Herman Haluschtschenko.

Ukraine: Täglich hohe Transitgebühren von Gazprom

An den Gasimporten nach Österreich hatte Russland im heurigen Frühjahr einen Anteil von 74 Prozent. Vor dem Ukrainekrieg lag dieser Wert bei 80 Prozent. Restliches Gas

und Flüssiggas kommt aktuell aus Norwegen, Nordafrika und Zentralasien. Für Russland wiederum ist die Ukraine trotz des Krieges das zentrale Transitland für die Gasexporte nach Europa. Auch bekommt Kiew von Gazprom dafür täglich Transitgebühren in Millionenhöhe.

Zwei unterschiedliche Vorschläge von ÖVP und Grünen

Finanzminister Magnus Brunner (ÖVP) hatte vergangenen Dezember die Gründung einer staatlichen Koordinierungsstelle für den Gaseinkauf vorgeschlagen. Diese neue Instanz bräuhete keine hohe Startfinanzierung und sollte den Gashandel koordinieren, um die Anteile aus nicht-russischen Lieferquellen zu erhöhen. Die Risiken für die Republik wären gering. Daraufhin ließ Energieministerin Leonore Gewessler (Grüne) bis zum Frühjahr einen Gegenvorschlag erarbeiten: Die Sparte der OMV für Gashandel solle vorübergehend verstaatlicht werden und die Republik dann die finanziellen Risiken beim Gaseinkauf tragen. Das Ziel wäre auch hier ein höherer Anteil an nicht-russischen Lieferquellen.

Neos: Keine Vorbereitung auf einen Lieferstopp

Kritik am bisherigen Kurs kommt von der Oppositionspartei Neos. "Im November hieß es noch großspurig von der Energieministerin, dass Österreich einen großen Schritt aus der russischen Gasabhängigkeit gemacht habe. Tatsache ist aber: Österreich ist immer noch abhängig und erpressbar", so Klubobfrau Beate Meinl-Reisinger. Die Europaabgeordnete Claudia Gamon erklärte dazu, die Regierung habe das Land nicht ausreichend auf einen Gasstopp vorbereitet und diesbezügliche Vorschläge der EU nicht beachtet. Brüssel hatte unter anderem vorgeschlagen, die Erneuerbaren schneller auszubauen und mehr Gas einzusparen. /pm

INNOVATION

PLATTFORMÖKONOMIE

Backbone One: Strom zum Zahlungsmittel machen

Wien (energate) - Das österreichische Start-up Backbone One betritt mit einer Geschäftsidee den Markt, die den Energieträger Strom vollkommen neu interpretiert. Das junge Unternehmen hat sich zum Ziel gesetzt, über eine App Strom aus der Eigenerzeugung als Zahlungsmittel zu etablieren. "Wir wollen so etwas wie das Paypal der erneuerbaren Energien sein", erklärte Gründer Andre Felker im Gespräch mit energate. Beispielhaft beschreibt er folgende Anwendungsfälle: Ein Verbraucher besucht eine Fast-Food-Kette und bezahlt seine Mahlzeit via App mit Kilowattstunden aus der Solaranlage vom eigenen Dach. Oder: Der Verbraucher zahlt direkt den Kredit für seine Solaranlage anteilig mit der produzierten Energie zurück. "Solche Transaktionsmodelle soll unsere Plattform abbilden

können, sodass erneuerbare Energien eine eigene Währung werden", so Felker. Das Markenzeichen "Energy as a Currency" (EaaC) hat sich Backbone One bereits schützen lassen.

B2B-Ansatz als Einstieg

Die vergangenen drei Jahre haben Felker und sein Team damit verbracht, die entsprechende Plattform in ihren Grundzügen zu entwickeln. Nun ist Backbone One so weit, um eine erste Stufe der eigenen Geschäftsidee zu zünden. Dabei ist den Köpfen hinter Backbone One bewusst, dass ein solch komplexes Unterfangen nicht im Alleingang zu machen ist, das Unternehmen setzt daher auf Kooperationen. Der Einstieg in das Ökosystem "Energie als Zahlungsmittel" soll nun mit einem B2B-Ansatz gelingen. "Mit dem Produkt Renabl wollen wir Unternehmen jeglicher Art zu Energieversorgern für ihre Kunden oder auch Mitarbeiter machen", erklärt Felker das Konzept.

Als Analogie zieht er die White-Label-Dienstleister heran, mit denen Einzelhändler und Supermarktketten in den Vertrieb von Handy-Tarifen eingestiegen sind. Backbone One strebt jedoch nicht an, selbst die energiewirtschaftlichen Prozesse und Bilanzkreisbewirtschaftung im Hintergrund eines Tarifs abzuwickeln. Dazu setzt das Unternehmen auf Partner aus der etablierten Versorgungswirtschaft. "Unser Geschäftsmodell ist ein Angebot an Unternehmen wie Banken, Retailer, Real Estate und weitere auf der einen, Energieversorger auf der anderen Seite, gemeinsam mit uns aktiv zu werden", beschreibt es Felker.

White-Label-Angebot in Planung

Die Plattform soll also als Verbindungsstück zwischen beiden Seiten dienen und Backbone One für jede kWh, die über die Plattform läuft, ein kleines Entgelt in die Kassen spülen - klassisch im Stile der Plattformökonomie. Nach Angaben des Gründers führt Backbone One bereits Gespräche mit Energieunternehmen in verschiedenen Ländern Europas. Auch ein White-Label-Angebot für Versorger ist in Planung. Teil des "Renabl"-Konzepts ist es auch, dass Lizenznehmer ihre

eigenen Solaranlagen - falls vorhanden - in das Produkt mit einbinden. "Das klingt banal, es gibt aber in Europa de facto kein ähnliches Modell", so Felker.

Derzeit bereitet Backbone One gemeinsam mit einer europäischen Bank einen ersten Mitarbeiterarif auf Basis des Renabl-Konzepts, der kurz darauf zu einem Kundentarif erweitert werden soll. Im Herbst soll der Launch eines ähnlichen Produkts mit Partnern aus dem Einzelhandel folgen. Gerade für den Handel oder Supermärkte hält Felker das Angebot für attraktiv, um die Kundenbindung zu erhöhen. "Hast du erst mal über einen Stromtarif einen Vertrag mit einem Kunden, hast du ganz andere Möglichkeiten, eine Verbundenheit aufzubauen", argumentiert Felker. Zudem geht er davon aus, dass gerade Supermärkte auf ihren Flächen die Eigenerzeugung ausbauen werden, "Es wird in Zukunft keinen größeren Supermarktparkplatz ohne Solar-Überdachung mehr geben", zeigte er sich überzeugt.

Speicher in der Rolle von Bankkonten

Das White-Label-Angebot für einen Stromtarif soll den Weg ebnen zu einer ganzheitlichen Zahlungsplattform. Als weitere Entwicklungsstufe denkt Backbone One an Peer-to-Peer-Modelle und in einem Zwischenschritt auch an die Integration von Speichern in das System. "In unserem Modell übernehmen Speicher perspektivisch die Rolle von Bankkonten, auf denen Kunden ihre Energie zwischenspeichern können", umschreibt Felker die Vision. Mit Speichern hat er in der Vergangenheit bereits Erfahrungen gesammelt. Vor der Gründung von Backbone One war er bis Ende 2018 Vertriebsvorstand des österreichischen Batteriespeicherherstellers Kreisel Electric.

Bisher hat Backbone One zwei Finanzierungsrunden hinter sich, wobei das Unternehmen keine Angaben zur Höhe der Investitionssummen macht. Beteiligt ist unter anderem ein deutscher Fonds der Investmentgesellschaft Goetzpartners. Auch der österreichische Staat hält über ein Investmentvehikel einen Anteil./rb

e Die neue energate-App - Energienews smarter lesen

Individualisiert. Intuitiv. Topaktuell.

- ✓ Persönliche Newsrubrik: Für Ihre Lieblingsthemen
- ✓ Merkliste: Ihr eigenes Nachrichten-Gedächtnis
- ✓ Push-Nachrichten: Mitteilungen zu Ihren Schwerpunkten

Jetzt kostenlos downloaden:

